

Aussprache

Die Hegemonie des Neoliberalismus und die Situation der Gewerkschaften

(zu den Beiträgen von Gerhard Schröder und Heiner Flassbeck in Heft 6/2000)

Die Ökonomisierung von Gesellschaft und Staat verschiebt die Koordinaten der politischen Institutionen. Machtstrukturen ändern sich; Argumente werden neu gewichtet; politische Machtwechsel sind nicht mehr mit einem Politikwechsel verbunden. Solidarität und soziale Gerechtigkeit werden als Gleichheit der Chancen im globalen Spiel der Märkte verstanden. Forderungen nach „Gleichheit im Ergebnis“ werden verbunden mit „Konformität und Mittelmäßigkeit“. Die Gesellschaft wird der Logik des freien Wettbewerbs unterworfen. Was jetzt im Sinne der herrschenden Lehre noch ansteht, ist die Zerschlagung des „Lohnkartells“ und die Auflösung der Gewerkschaften. Insbesondere in den neuen Bundesländern ist dieser Prozess erheblich voran geschritten.

Die Herrschaft der neoliberalen Doktrin ist keine Folge von anonymen Kräften und nicht das Ergebnis eines unabwendbaren historischen Prozesses. Der marktfundamentalistische Angriff auf die gesellschaftlichen Errungenschaften der Moderne hat identifizierbare Ursachen. Deshalb kann er auch argumentativ abgewehrt werden. Doch allein darauf zu setzen, wäre naiv. Die neue Heilslehre hat sich in den vergangenen Jahrzehnten international ausgebreitet. Dafür sind viele Milliarden Dollar aus verschiedenen Quellen geflossen. Der „wissenschaftliche Neoliberalismus“ beherrscht das Denken und Handeln von Regierungen, Parteien und internationalen Organisationen. Wir

stehen am Anfang einer schleichenden Revolution, die im umfassenden „Turbo-Kapitalismus“ (Heiner Geißler) endet und die Koordinaten gewerkschaftlicher Politik massiv verändert.

Die schwindende Macht der Gewerkschaften folgt unmittelbar aus Lehrsätzen der herrschenden Ökonomie. Danach bestimmt die Höhe der Löhne über das Angebot an Arbeitsplätzen. Für den Abbau der Massenarbeitslosigkeit werden daher in erster Linie die Gewerkschaften verantwortlich gemacht. In zweiter Linie ist es der Staat, der über die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme die Lohnnebenkosten in die Höhe treibt. Dieses Trivium hat sich für eine wirksame Beschäftigungspolitik als untauglich erwiesen und bleibt auch in Zukunft untauglich. Gleichwohl wird es weiter verfolgt, und zwar mit zunehmender Schärfe. Schritt für Schritt werden deshalb Flächentarife gelockert, Niedriglohntarife eingeführt, Sozialleistungen abgebaut und die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme „privatisiert“.

Für eine wirksame gewerkschaftliche Politik oder wenigstens die Verteidigung von bestimmten Rückzugspositionen stehen die Chancen nicht gut. Ist es nicht so, dass die Gewerkschaften nur noch den geordneten Rückzug verwalten? Politisch eingebunden im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit(!), also in Konsensgesprächen über ihre eigene Bescheidenheit, dürfen sie die Rolle des retardierenden Moments beim scheinbar un-

aufhaltsamen und globalen Marsch in die Ökonomisierung und Entsolidarisierung der Gesellschaft einnehmen. Dieser Prozess ist letztlich ein Angriff auf die Funktion der Gewerkschaften im institutionellen Gefüge der zukünftigen „Marktgesellschaft“.

Zur Abwehr dieser Entwicklung gibt es wenig Verbündete. Regierung und Opposition können sich mit der gesamtwirtschaftlichen Krise arrangieren. Solange Deutschland innerhalb des Geleitzuges der europäischen Massenarbeitslosigkeit bleibt, müssen sie nicht einmal eine Verschiebung ihrer relativen Position im politischen Spektrum befürchten. Und Wissenschaftler, Wirtschafts- wie Rechtswissenschaftler, sind sich in ihrem Urteil ohnehin sicher, dass die Gewerkschaften die eigentliche Ursache der Misere sind. Ihre Meinung spiegelt sich in den etablierten Beratungsgremien der Regierung ebenso wie in den Positionen von Bundesbank und Europäische Zentralbank. Entsprechend eindeutig ist das Urteil der Medien.

Diese „konzertierte Aktion“ wird nicht einfach irgendwann in sich zusammenbrechen. Im Gegenteil, je länger die Massenarbeitslosigkeit anhält, desto schwächer werden gewerkschaftliche Positionen im gesellschaftlichen Kräftefeld. Schon heute gelten selbst verteilungsneutrale Lohnforderungen als Ausdruck mangelnder ökonomischer Einsicht und als Beleg der Indifferenz gegenüber dem Schicksal der Arbeitslosen.

Obwohl in der öffentlichen Meinung die Verantwortung der Gewerkschaften für die Arbeitslosigkeit fest verankert ist, verstärkt sich gleichzeitig die Auffassung, Vollbeschäftigung sei nie mehr erreichbar. Diese absurde These ist erst vor einigen Wochen von einem ehemals eher „vernünftigen“ Forschungsinstitut verkündet und ohne Aufschrei seitens der Ökonomenzunft hingenommen worden. Entlastung können die Gewerkschaften von solchen konfuse Positionen nicht erwarten. Im Gegenteil. Wenn die öffentliche Meinung erst einmal geschluckt hat, dass „mindestens 3,6 Millionen Menschen in Deutschland auf Dauer ohne Arbeit bleiben“, gerät die Institution Gewerkschaft von dieser Seite her in Gefahr, ihre ökonomische und gesellschaftliche Legitimation zu verlieren.

Einen Neuigkeitswert hat die Perspektive einer dauerhaften Unterbeschäftigung im Übrigen nicht. Das *Voll*beschäftigungsziel ist seit vielen Jahren nicht mehr auf der politischen Agenda. Selbst vom Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes ist in regierungsamtlichen Verlautbarungen

nicht mehr die Rede. Die Begründung dafür steht im Schröder-Blair-Papier: „Die Fähigkeit der nationalen Politik zur Feinsteuerung (*als ob es darum bei 4 Millionen Arbeitslosen ginge, D. S.*) der Wirtschaft hinsichtlich der Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen wurde überschätzt.“ Nachdem also Bundesbank und Europäische Zentralbank vehement jede Verantwortung für die Beschäftigung von sich weisen und die Regierungen ihre beschäftigungspolitische „Unfähigkeit“ verkünden, bleiben in der Tat nur noch defensive beschäftigungspolitische Strategien. Und diese werden den Gewerkschaften überantwortet. Sie dürfen versuchen, das insgesamt zu geringe Arbeitsvolumen etwa durch eine (Lebens-)Arbeitszeitverkürzung *wirtschaftsverträglich* neu zu verteilen, d. h. ein Nullsummenspiel für die abhängig Beschäftigten zu organisieren, das ihre Position gegenüber den Mitgliedern äußerst schwierig macht. Wie heißt es im Schröder-Blair-Papier: „Wir wollen, dass die Gewerkschaften in der modernen Welt verankert bleiben.“ Anders gesagt: Wir wollen, dass die Gewerkschaften uns den Rücken frei halten für die „wirtschaftliche Dynamisierung und für die Freisetzung von Kreativität und Innovation“.

Die Gewerkschaften in Deutschland sollten in dieser Situation den internen kritisch-konstruktiven Diskurs offensiv vorantreiben. Unerlässlich ist eine kritische Analyse der Lage. Die Sorge, dadurch Porzellan zu zerschlagen und in der Öffentlichkeit Schwächen zu zeigen, ist dann unbegründet, wenn diese Diskussion von den Spitzen der Gewerkschaft selbst angeführt wird. Wann hat es in den letzten Jahrzehnten eine breite öffentliche Diskussion über die Rolle der Gewerkschaften gegeben? Jetzt spätestens ist sie überfällig, schon weil die SPD im neoliberalen Lager eine neue Heimstatt gefunden zu haben scheint.

Ziel des notwendigen kritisch-konstruktiven Diskurses muss es sein, einen möglichst breiten Konsens für eine wirtschaftspolitische Diagnose und Therapie jenseits marktfundamentalistischer Triviummuster herzustellen. Auf dieser Basis ist eine strategische Konzeption zu entwickeln, die inhaltlich, organisatorisch und finanziell klare Prioritäten setzt. Es geht um die langfristige Stärkung und Positionierung der Gewerkschaften in der Auseinandersetzung um die zukünftige Gesellschaft.

Dieter Scholz,
Vorsitzender
des DGB-Landesbezirks Berlin-Brandenburg